



26.02.2009
KI/Er

**An alle Mitglieder
der Fachvereinigung Güterkraftverkehr**

R u n d s c h r e i b e n N r . 6 / 0 9

Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen des deutschen Transportgewerbes

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem Stichwort „Harmonisierung“ haben wir Chancengleichheit, d.h. keine Schlechterstellung der deutschen Transportwirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz - was die staatlichen Startbedingungen angeht -, seit Öffnung des EU-Binnenmarktes kontinuierlich bei den Regierungsverantwortlichen aller Fraktionen in Bund und Land eingefordert. Zwar fanden wir für dieses berechnigte Anliegen immer wieder Verständnis, umgesetzt wurde davon über die Jahre hinweg allerdings so wenig, dass unsere Hartnäckigkeit in der für das Gewerbe existenziellen Frage fast schon als halsstarrig belächelt wurde. Auch die letzte Zusage, die Harmonisierung mit Einführung der Maut zu verwirklichen, zog sich so sehr in die Länge, dass viele schon nicht mehr an die Einhaltung dieses Versprechens glaubten. Auf die Alternativlosigkeit dieser gewerbepolitischen Zielsetzung haben wir immer wieder hingewiesen.

Die gute Nachricht: Heute ist dieses Ziel endlich erreicht worden! Durch Senkung der Kfz-Steuer, Fördergelder zur Anschaffung von Sicherheits- und Umwelttechnik sowie staatliche Gelder zur Ausbildung und Qualifizierung der Mitarbeiter wird die deutsche Verkehrswirtschaft mit 607 Millionen Euro jährlich zuzüglich in 2009 50 Millionen Euro aus dem „Konjunkturpaket II“ unterstützt und damit der fiskalische Nachteil des Gewerbes gegenüber dem Ausland endlich verringert. Das Maßnahmenbündel ist dabei so weit ausgelegt, dass jeder mautzahlende deutsche Unternehmer davon profitieren kann.

Für das Güterkraftverkehrsgewerbe ist dieses Ergebnis jahrzehntelanger Verbandsarbeit ein bemerkenswerter Erfolg, der uns als Verband stolz und Sie als Unternehmer froh machen könnte. Wären da nicht die dicken Wermutstropfen, die uns die Feierstimmung vergällen. Zum einen kommt die Harmonisierung für viele Unternehmen zu spät, was der hohe Anteil ausländischer Fahrzeuge am deutschen Markt deutlich belegt. Zum anderen lösen die Gelder auch in Höhe von 607 Millionen Euro jährlich nicht alle Probleme, die sich in den Unternehmen angestaut haben. Außerdem befinden wir uns in einer der schlimmsten Rezessionen nach dem 2. Weltkrieg, viele Unternehmen kämpfen um ihr Überleben.

Die schlechte Nachricht: Von Bundesverkehrsminister Tiefensee wird die Harmonisierung als Wiedergutmachung für eine maßlose und sachlich unbegründete Mauterhöhung deklariert. Der Öffentlichkeit gegenüber wird sie als Hilfe für das Transportgewerbe in der Konjunkturkrise präsentiert. Der vom Minister erweckte Anschein, er helfe dem Gewerbe in dieser kritischen Phase, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Gewerbe in der schärfsten Konjunkturkrise kein staatliches Rettungspaket bekommt, sondern durch die Mauterhöhung eine Netto-Mehrbelastung von rund 1,3 Milliarden Euro und damit unter dem Strich eine insgesamt schlechtere Situation vorfindet. Selbst, wenn langfristig der ausländische Konkurrenzdruck gemildert wird, hat das Gewerbe kurzfristig in einer Zeit des Laderaum-Überangebots eine gewaltige Preiserhöhung an die Kundschaft weiterzugeben. Wie schwierig sich diese Verhandlungen gestalten, muss vor dem Hintergrund der Insolvenzwellen im Gewerbe nicht näher erläutert werden.

Gegen die daraus resultierende Vernichtung vieler Unternehmen und Arbeitsplätze setzen wir uns zur Wehr. Bundesverkehrsminister Tiefensee hat für seine Mauterhöhung die vollständige Rückendeckung der Kanzlerin, die dafür gesorgt hat, dass kritische Stimmen aus den eigenen Reihen verstummen - Zitat: „das „Antikonjunkturprogramm“ einer Mauterhöhung ist eine Fehlentscheidung“ (Lothar Spät) - und Gegner der Mauterhöhung in letzter Sekunde umfielen. Diese Rücken- deckung ist umso weniger verständlich, da das Bundeskanzleramt von uns vor den Auswirkungen dieser Mauterhöhung, gutachtlich untermauert, deutlich gewarnt worden ist.

Bundesverband und Landesverbände sind sich einig in der Ablehnung der zum 1. Januar vollzo- genen Mauterhöhung und ihrer Bewertung als unverantwortlicher Umgang mit dem „Jobmotor Logistik“. Die Kampagne im Herbst 2008 „Steuern, Maut und Inflation haben einen Schutzpatron“ hat der Regierungsspitze zugesetzt, wie wir aus verlässlichen Quellen wissen. Auch im „Super- wahljahr 2009“ werden wir mit einer bereits gestarteten Anzeigekampagne in „Bild“ und „Tages- spiegel“ sowie Hunderten großflächig plakatierter Lkw-Rückwände den Protest in die Öffentlichkeit tragen.

Es ist außerdem vorgesehen, rechtliche Schritte gegen die aus unserer Sicht nicht von EU-Recht gedeckte Mauterhöhung einzuleiten. Die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren, ein entspre- chendes Rechtsgutachten einer renommierten Kanzlei steht kurz vor dem Abschluss. Damit wird u.a. auch das Ziel verfolgt, zukünftig willkürliche Mauterhöhungen zu verhindern.

Alle Verbandsmitglieder sind aufgefordert, diesen Protest im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unter- stützen.

Mit freundlichen Grüßen

**Verband des Verkehrsgewerbes
Südbaden e.V.**



(Klug)